



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/12

28. Januar 1949

Zug und Gegenzug

Von Friedrich Stampfer

Es liegen übereinstimmende Informationen darüber vor, daß die schon oft angekündigte Errichtung einer deutschen Ostregierung unmittelbar bevorstehe und daß auch die mehrfach erwähnte mögliche Zurückziehung der russischen Truppen hinter die Oder-Neisse-Linie nicht mehr lange auf sich werde warten lassen. An den Beginn einer Würdigung der politischen Konsequenzen solcher Maßnahmen gehört die Feststellung, daß es sich dabei um nichts anderes als einen neuen Schachzug im großen Spiel der russischen Politik handelt, der große Aufmerksamkeit verdient.

Die ostdeutsche Regierung würde selbstverständlich die Anerkennung Rußlands haben, ebenso Polens, der Tschechoslowakei und der anderen Satelliten, sie würde in Moskau, Warschau, Bukarest, bald vielleicht auch in anderen Hauptstädten, die nicht ganz unter dem westlichen Einfluß stehen, diplomatisch und konsularisch vertreten sein, sie würde Handels- und andere Verträge abschließen können, kurzum sie würde - obwohl in voller Abhängigkeit von Moskau - äußerlich mit einem Schein von Unabhängigkeit versehen sein, der seinen Eindruck auf viele nicht verfehlen würde.

Gestützt auf diese scheinbare Unabhängigkeit, würde die ostdeutsche Regierung den Anspruch erheben, die einzige echte Regierung Deutschlands zu sein, und mit allen Mitteln die Erweiterung ihres Einflusses nach dem Westen betreiben. Schon jetzt gibt sich die SED als die einzige Vorkämpferin eines einigen Deutschland aus und beschuldigt ihre Gegner, im Dienste der Westmächte die Spaltung aufrecht zu erhalten. Als Inhaberin einer von einem großen Teil der Welt anerkannten Regierungsgewalt und mit der entsprechenden Mitteln ausgestattet, würde sie das alte Spiel mit neuer Kraft und neuer Hoffnung wieder aufnehmen.

Die Politiker Westdeutschlands wärendgut tun, mit solchen Möglichkeiten zu rechnen und sich gegen sie zu wappnen. Dazu wäre es freilich nützlich, zu wissen, welcher Art die Gegenmaßnahmen sind, die die Westmächte ihrerseits für einen solcher Fall in Bereitschaft haben. Bisher ist es doch im großen Genzen so gewesen, daß sie im Osten den Sozialdemokraten gegen die Kommunisten geholfen haben, im Westen aber den Kommunisten gegen die Sozialdemokraten, und es ist bestimmt nicht eine Folge ihrer politischen Maßnahmen, daß sich der Kommunismus in Deutschland in einen Schwuppungsprozeß befindet. Es liegt wohl an den kommunistischen

Mühlen selber, daß sie sich nicht drehen, denn Wasser ist ihnen reichlich geliefert worden. Hätten sie besser funktioniert - es ist gar nicht auszudenken, was sie aus Morgenthauplänen, Demontagen, Sprengungen, Ruhrstatuten, Sicherheitsstatuten, Besatzungsstatuten und all den Maßnahmen, die die traurige Abhängigkeit der deutschen Behörden von den Besatzungsbehörden verraten, hätten machen können. Weil aber alles nichts half, hat ihnen die britische Militärjustiz auch noch den Prozeß gegen den westlichen Kommunistenhauptling Max Reimann in den Schoß geworfen. Er wird beschuldigt, die englisch-deutsche Zusammenarbeit gestört zu haben, da er die deutschen Teilnehmer als Quislinge beleidigte und bedrohte. Natürlich versichert der gute Reimann jetzt, die Sorge der britischen Militärjustiz um ihre deutschen Schützlinge beweise erst recht die Richtigkeit seiner Behauptungen.

Man kann sagen und sagt es mit Recht, daß das Verhältnis der Deutschen zu ihren westlichen Besiegern ein viel freieres und menschlicheres ist, als jenes zu den Herren des Ostens. Leider jedoch liegt es im Unterschied der Systeme, daß die Abhängigkeiten des Westens offen zutage liegen, während jene des Ostens so weit wie möglich schamhaft verborgen werden. Man wird die Drähte, an denen die ostdeutsche Regierung tanzen wird, so unsichtbar wie möglich machen, während die Zügel, an denen man die westdeutschen Behörden mit Hüh und Hott hin- und herzieht, keinem sehender Auge verborgen bleiben.

Welche Gegenmaßnahmen die Westmächte ergreifen werden? Nur eine wäre wirksam. Man müßte der westdeutschen Regierung wirklich die Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit gewähren, mit derer bloßem Schein die ostdeutsche ausgestattet werden soll. Man müßte einer westdeutschen Volksbewegung, die auf die Wiederherstellung eines politisch und wirtschaftlich geeinten Deutschland zielt, eines wirklich demokratischen, nicht "volksdemokratischen" Deutschland, jede Förderung und Unterstützung zuteil werden lassen, man müßte ein einiges, freies Deutschland als gleichberechtigtes Glied der Völkergemeinschaft auf das Programm der westlichen Politik setzen. Dazu wäre jedoch eine Drehung um hundertundachtzig Grad notwendig; denn jedermann kann sehen, daß die Politik der Westmächte seit einiger Zeit unter dem Einfluß Frankreichs in der entgegengesetzten Richtung läuft. Man muß also damit rechnen, daß die geschickten Schachspieler in Moskau die Fehler ihrer Gegner in Europa ebenso auszunützen versuchen werden, wie sie es eben erst mit so großem Erfolg in Asien getan haben.

- 3 -

Tulpanow und die SED.

W.B. Dreimal war die Parteikonferenz der SED verschoben worden, bevor sie am 25. 1. endlich zusammentrat. Es handelt sich um die seit der Tito-Krise fällige Ausrichtungskonferenz und ehe es dazu kam, waren verschiedene Cliquenkämpfe zu bestehen. Zum anderen mußte man lange auf die Parolen des internationalen Generalkonferenzen warten, der sich in unveränderter Abhängigkeit von der russischen Außenpolitik um eine taktische Modifizierung seiner Haltung gegenüber dem Westen bemüht.

Es ist an sich schon bemerkenswert, daß die SED ihren fälligen Parteitag nicht nur verschoben hat, sondern ihn jetzt in anderen Gewände durchführte. Dafür gibt es große Vorbilder, denn ein russischer Parteitag hat immerhin seit 1939 auch nicht mehr stattgefunden. In Berlin versammelten sich nun an die 500 ernannte, nicht gewählte Delegierte, einschließlich des unvermeidlich gewordenen Hennecke. Sie traten an zum Befehlsempfang, denn die Beschlüsse waren am Tage zuvor bereits vom Vorstand gefaßt worden.

Diese Vorstandssitzung nahm auch - um, wie Thälmann gesagt haben würde, dem Faß die Krone aufzusetzen - gleich die Wahlen vor. Die als Kontrollkommission getarnte Leitung der Parteipolizei wurde berufen, nachdem den Anwesenden erklärt worden war, "daß der Partei nichts verborgen bleibt". Der Parteivorstand ergänzte sich durch Aoptierung, aber er setzte sich dann außerdem noch selbst ab, indem er ein Politbüro mit der "operativen Führung" betraute. Durch die Bildung dieses Politbüros auf deutschem Boden wird dokumentiert, daß der alte Kominternkader mit Pieck, Merker, Dahlem und Ulbricht, der letztere als Generalsekretär, die Machtausübung mit niemandem sonst zu teilen bereit ist. Von der Formel der Parität zwischen Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten ist keine Rede mehr. Die Grotewohls haben den Giftbecher bis zur Neige leerer müssen und ihre politischen Leichname werden noch gelegentlich zur Schau gestellt, tragen aber kaum zur Konsolidierung der Ulbrichtpartei bei.

Ein gewisses Aufsehen erregte die Sedistenkonferenz durch die Komödie um den nicht ganz unbekannteren Oberst Tulpanow, der sich mit größerem Recht als Wilhelm Pieck Vater der Zwangseinkünfte nennen könnte. Eben von einer Reise nach Moskau und Wien zurückgekehrt, begrüßte er die Parteikonferenz "im Namen der sowjetischen Militäradministration Deutschland". Nicht zum ersten Male richtete er schärfste Angriffe auf die Westmächte und diesmal sprach er auch noch vom Aufbau eines souveränen deutschen Staates. Am späten Abend erging jedoch ein Sokolowakijbefehl an das sowjetische Nachrichtenzentrum ADW und Tulpanows Rede wurde eingezogen, der Rundfunkbericht wurde mitten in der Sendung abgebrochen. Am nächsten Morgen erwähnte die Reichheitspresse nicht einmal den Namen des Mannes, den am Tag zuvor der obligatorisch stürmische Beifall zuteil geworden war.

Einige, die das Gras wachsen hören, wollten Tulpanow zu einem Opfer der Friedensoffensive machen. Es dürfte jedoch viel mehr dafür sprechen, daß es sich um einen bolschewistischen Familienstreit

handelt, den Moskauer zugunsten von Botschafter Semjonow entschieden hat. In diesen Rahmen ist es aber durchaus möglich, daß der Oberst über die ausdrückliche Berufung auf die Militärregierung gestolpert ist, denn Moskau scheint zur Abwechslung wieder einmal an einer etwas deutlicheren Arbeitsteilung zwischen russischer Außenpolitik einerseits und Kominformpolitik andererseits interessiert zu sein. Am zweiten Tag erschien dann auch Suslow, Sekretar der russischen Staatspartei, und ihm wurde in Presse, Film und Rundfunk jener Ruf zuteil, auf den Tulpanow diesmal verzichten mußte.

Die starken ausländischen Delegationen zeichneten sich dadurch aus, daß alle ihre Sprecher mit dem Rufe, "es lebe Stalin", schlossen. Pierlinger mußte vorzeitig abfahren, angeblich, weil ihn dringende Staatsgeschäfte erwarteten. Die polnischen Kommunisten warteten jedoch, bis sie etwa 20mal die sedistische Verbeugung vor dem Friedenswerk der Oder-Weisse-Grenze erlebt hatten.

Eine einigermaßen klare Deutschlandpolitik trat auf der Konferenz nicht zutage: Ulbricht deutete in unklarer Ferne eine Eingliederung der Ostzone in den Ostblock an. Pieck tropotete von einer breiten nationalen Widerstandsbewegung und vom Abzug der Westmächte aus Berlin. Grotewohl aber durfte erklären, es sei das eigentliche Ziel der Konferenz, "eine Partei neuen Typus marxistisch-leninistischer Prägung zu entwickeln". Er hatte zu diesem Thema auch noch einige Stunden zu referieren, denn es gehört mit zum System, daß er und nicht einer der alten Kommunisten die sozusagen theoretische Begründung für die Bolschewisierung verlesen und dabei die bisherige Entfernung von 400 "aktiven Schumacherleuten" als besonderen Erfolg buchen mußte.

(t/B. 11/281/2/hs)

Klarer Kurs Saragats

ap. Der Beschluß, in der Regierung de Gasperi zu verbleiben, war wohl das wichtigste Ergebnis des Mailänder Parteitages der italienischen Sozialisten, die unter der Führung von Giuseppe Saragat sich endgültig und vorbehaltlos vom Kurs der Kommunistenhörigen Gruppe um Nenni getrennt haben. Eine erhebliche Minderheit war während der Tagung sehr nachdrücklich für das Ausscheiden aus der Regierung eingetreten, aus Gründen, die nichts mit einer Sympathie für Nenni und seinen Anhang, wohl aber viel mit der stark kritischen Einstellung eines grossen Teiles der Sozialisten gegen die gegenwärtig christlich-demokratisch geführte Regierung zu tun haben. Die Sozialisten in Italien sind eine ziffernmässig relativ schwache Partei, aber sie besitzen, ähnlich wie es in Frankreich ist, durch ihre Stellung zwischen den Flügeln und durch das allgemeine Ansehen einiger ihrer führenden Persönlichkeiten mehr Einfluss als in der Zahl der Mitglieder oder Anhänger zum Ausdruck kommt.

Ein besonders schwieriges Kapitel ist in Italien das der Gewerkschaften, die massgeblich auch heute noch von Kommunisten beeinflusst werden. Die Sozialisten werden künftig in ihnen einen besonders schweren Stand haben, nachdem sie den christlichen Parteien nahestehenden

Vertreter die bisherige gemeinsame Organisation verlassen haben, ohne vorher übrigens von dieser, ihrer Absicht, etwas verlauten zu lassen. Die Sozialisten werden aber keine eigene Gewerkschaftsorganisation aufziehen. Sie halten es für zweckmäßiger, zu bleiben, und auch unter so schwierigen Verhältnissen, wie sie zur Zeit gegeben sind, das nach ihren Vorstellungen Beste herauszuholen.

Auf dem Parteitag waren auch sehr zahlreiche internationale Gäste aus den Bruderparteien in England, Frankreich, Holland, der Schweiz, Österreich und aus der spanischen Emigration zugegeben. Deutschland war durch die Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei Willy Eichler und Egon Franke vertreten, die die Gelegenheit zu eingehenden Gesprächen mit ihren italienischen und übrigen Freunden nahmen. (1/281/1/hs)

Der Fall "Scholl" in der Sowjetzone

sp. Die Universitäten der Ostzone sollen zu Hochburgen des Kommunismus und zu SED-Parteischulen degradiert werden. Seit Jahren geben sich SED und SMA alle erdenkliche Mühe, den Widerstand der Professoren und Studenten zu brechen. Ihre Mittel sind vielseitig und reichen von der Machtfülle einer Militärregierung bis zu den Möglichkeiten einer Staatspartei. Von der Schaffung neuer Zulassungsbestimmungen, bei denen eine Auslese in kommunistischen Sinne getroffen wird, über die Gleichschaltung der Dozentschaft und der studentischen Selbstverwaltung - die SED setzt an allen Hebeln gleichzeitig an. Nur die Mittel wechseln von Zeit zu Zeit. Studenten und Professoren sind diesem Zwang schutzlos ausgeliefert.

Dieser Kampf um die Restbestände der Freiheit ist in eine neue verschärfte Phase getreten. An der Leipziger Universität schritt man, um bei den Vorbereitungen zu den Studenterratswahlen dem Widerstandswillen ein für allemal das Rückgrat zu brechen, zu Verhaftungen und Terrorurteilen.

Der Studentenvorsitzende Watonek (LDP), um den sich aufrechte, freiheitliche Studenten aller politischer Richtungen gesammelt hatten, und 15 seiner Kommilitonen wurden vor ein Militärgericht gestellt. "Konspiration mit dem kapitalistischen Westen", weil sie mit westdeutschen Studenten in Verbindung standen, war der Anklagepunkt. Noch vor den Wahlen wurde das Urteil bekannt. Watonek wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion und sechs seiner Kommilitonen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Das Ziel war erreicht: der Studenterrat hat heute seine kommunistische Mehrheit. Von insgesamt 27 Sitzen entfallen jetzt 16 auf die SED, 5 auf CDU, 3 auf LDP und 2 auf parteilose Vertreter, während bei den vorigen Wahlen die SED nur 6 Sitze erringen konnte.

Trotz des "Sieges" waren diese Wahlen ein Beweis des ungebrochenen Widerstandes und ein weiterer Prestigeverlust der SED. Sie

konnte zwar 80 Prozent der Wahlberechtigten an die Wahlurne zwingen, davon gaben jedoch rund 30 Prozent leere Stimmzettel ab. An der Pädagogischen Fakultät, wo die SPD-Studenten am stärksten vertreten sind, warfen 25 Prozent und an der juristischen Fakultät gar 35 Prozent der Wahlbeteiligten unbenutzte Stimmzettel ein. Leere Stimmzettel sind in der Ostzone seit Jahren der Ausdruck des unerbittlichen Kampfes um Recht und Geistesfreiheit.

25 Jahre Zwangsarbeit, verbüßt in den Zwangslagern der Sowjetunion, das ist ein Todesurteil und die Fortsetzung eines Kampfes gegen die Freiheit und Menschlichkeit, den man vor drei Jahren überwunden zu haben glaubte. Damals waren es die Geschwister Scholl, die aufs Schaffott geschickt wurden. Wo liegt da ein Unterschied?

(b/B.114/281/1/hs)

Ein Minister mit Herz und Kopf

sp. Mit zwei Erlässen der letzten Zeit hat der Wiederaufbauminister von Nordrhein-Westfalen bewiesen, daß er Herz und Kopf auf dem rechten Fleck hat. Er hat einmal für den Bau von Flüchtlingswohnungen einen sogenannten verlorener Zuschuß von 500 DM je Wohnraum, für Fischerarbeiter bis zu 3000 DM Gesamtdarlehn, generell genehmigt und zum anderen hat er für Orte, die nicht Brennpunkt des Wohnungsbedarfes sind, die Zuzugssperre aufgehoben. Zur ersten Maßnahme gehört Geld und das fließt in Nordrhein-Westfalen reichlicher als in den anderen Ländern; daß der reichere Fluß aber sinnvoll gelenkt wird, ist manches wert.

Zur zweiten Maßnahme gehört Mut und das ist es, was wir dem nordrhein-westfälischen Aufbauminister besonders danken wollen. Es gibt Dinge, die, wenn sie noch so peinlich sind, immerhin einer Notwendigkeit entspringen. Dazu gehört die Zuzugssperre, die den Strom der Flüchtlinge, als er sich über die Grenzen ergoß, in die aufnahmefähigen Gegenden lenken sollte, also damals durchaus berechtigt war. Daß sie sich zu einer Geißel des Flüchtlings- und Heimkehrerproblems entwickelt hat, ist evident; nichts hat das drastischer bewiesen, als einige Fälle von Selbstmorden. Ebenso einleuchtend ist, daß das System der Zuzugssperre überholt ist in einer Zeit, da die gespenstische Nachkriegs-Atmosphäre mit ihren verschobenen Werten weicht und dem natürlichen Maß aller Dinge, dem Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit, Platz macht. Nicht nur der Flüchtling ist heute durch das System der Zuzugssperre verhindert, seine Arbeitskraft dort einzusetzen, wo es für ihn und die Gesellschaft am zweckmäßigsten ist; auch die in einigen Ländern proklamierte Niederlassungsfreiheit der Ärzte, die Gewerbefreiheit, kurz faßt alles, was in das Wort Freiheit mündet, stößt an den Stacheldraht der Zuzugssperre. In Düsseldorf ist nun eine Bresche geschlagen worden. Sie ist schmal, denn gerade die ausgenommenen "Brennpunkte des Wohnungsbedarfes" sind auch Brennpunkte der Arbeitsmöglichkeiten; aber immerhin, es ist ein Anfang, der den Kollegen des Düsseldorfer Ministers in den anderen westdeutschen Ländern wärmstens zur Nachahmung empfohlen sei. -dt.

(b/2/281/2/hs)

Beethoven und der kalte Krieg

sp. Auch der kalte Krieg hat seine amüsanten Seiten! Am 25. Todestag Wladimir Iljitsch Lenins gedachten beide Berliner Sender, des Schöpfers der Sowjetunion. Einer der berühmten Zufälle wollte es, daß beide Sender für ihre Gedenkfeiern auch das gleiche Thema wählten, RIAS (der "amerikanische") und Radio Berlin (der "russische") behandelten Lenins Vorliebe für Beethovensche Musik. Vor allem aber für Beethovens Sonate "Appassionata". Beide spielten die "Appassionata" und beide ließen Lenin selbst sprechen. Der "russische" Sender zitierte Lenin so: "Ich kenne nichts Schöneres, als die Sonate "Appassionata". Ich könnte sie alle Tage hören. Eine wunderbare, unsterbliche Musik. Ich denke stets mit einem vielleicht kindlichen Stolz: "Wie kann ein Mensch solche Wunderwerke schaffen?" Der Sprecher sagte noch: "Ein solcher Mann war Lenin" und brach ab. RIAS zitierte die gleichen Sätze Lenins. Aber auch noch einige mehr, die der "russische" wohlweislich unterschlagen hatte. Diese Worte Lenins aber lauteten: "Ich kann allerdings nicht zu oft Musik hören. Sie geht mir auf die Nerven, regt den Wunsch in mir, süße Wichtigkeiten zu sagen und die Gesichter der Menschen zu streicheln, die in einer schmutzigen Hölle hausen und doch solch herrliche Werke vollbringen. Aber in unserer Zeit kann man nicht umhergehen und die Gesichter von Menschen streicheln. Man muß ihnen über den Schädel schlagen, und zwar erbarmungslos, auch wenn wir in der Theorie gegen jegliche Form der Unterdrückung der Menschheit sind. Hmmm - wir haben eine höllische Aufgabe". Dies alles zitierte der "russische" Berliner Sender nicht. Er vergaß auch, die Stelle aus Lenins Testament zu zitieren, in der Stalin als für die Führung der Kommunistischen Partei ungeeignet bezeichnet wird und er erwähnte auch mit keinem Wort, daß von den fünf Männern, die Lenins Sarg trugen, vier später wegen angeblichen Hochverrats erschossen wurden und nur Stalin am Leben blieb. Es war merkwürdig, sehr merkwürdig sogar!

(b/B.65/281/hs)

Kriegswissenschaft und Volksdemokratie

Beim tschechoslowakischen Kriegsministerium ist ein militärwissenschaftliches Institut errichtet worden. Es dient dem "Studium des modernen Krieges und der systematischen Durchführung einer wissenschaftlichen Tätigkeit in der Armee". Leiter des Instituts ist Generalstabschef Bock, dessen Erfahrungen und Weitsicht eine Garantie dafür sind, daß das Institut unserer Volksdemokratie den größten Nutzen bringt".

(m/2/281/2/hs)